

## Keine Perspektive für die Hofabgabeklausel - Mehl: Politik sollte rasch für Klarheit sorgen

Nahezu ausgeschlossen ist nach Einschätzung des Thünen-Wissenschaftlers Dr. Peter Mehl eine Neuregelung der Hofabgabeklausel, um den Einwänden des Bundesverfassungsgerichts Rechnung zu tragen. Zwar seien zusätzliche Härtefallregelungen grundsätzlich machbar, sagt Mehl. Den ebenfalls beanstandeten Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz hält er jedoch für kaum heilbar. Keine unmittelbaren Folgen hätte eine Abschaffung der Hofabgabeverpflichtung laut Mehl für die Zukunft des eigenständigen agrarsozialen Sicherungssystems. Die Politik sieht der langjährige Experte in der Verantwortung, in Sachen Hofabgabeklausel so bald wie möglich für Klarheit zu sorgen.

Länderberichte 1

## Kommission legt Reformpläne zur WTO vor - Drohende Schlichtungsblockade verhindern

Die EU-Kommission hat Vorschläge für eine Reform der Welthandelsorganisation (WTO) unterbreitet. Mit Anpassungen am WTO-Regelwerk soll dem Wandel der globalen Wirtschaft Rechnung getragen werden. Gefordert wird unter anderem eine Stärkung der Überwachungsfunktion, um so einer drohenden Blockade des Streitbeilegungssystems der Genfer Organisation entgegenzuwirken. Zudem plädiert die Kommission dafür, das Informations- und Meldesystem innerhalb der WTO zu verbessern, um „unkooperative“ Mitglieder leichter benennen zu können. EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström mahnt zur Eile. In Genf rechnet man jedoch mit einem „längeren Prozess“.

EU-Nachrichten 1

## ASP verschärft Preisdruck am europäischen Schweinemarkt - Bestand aufgestockt

Die Infektion belgischer Wildschweine mit der Afrikanischen Schweinepest (ASP) hat den Schweinemarkt in der EU verunsichert. Die Abgabebereitschaft der Mäster hat sich dadurch erhöht und das saisonal ohnehin steigende Angebot zusätzlich vergrößert. Die Schlachtschweinepreise in Belgien wurden vorige Woche bezogen auf ein Kilogramm Lebendgewicht um 10 Cent beziehungsweise 11 Cent gesenkt. In Deutschland gab die Leitnotierung um 4 Cent auf 1,40 Euro/kg Schlachtgewicht nach. Derweil wies Eurostat für 13 Mitgliedsstaaten, die 85 % der EU-Schweinepopulation repräsentieren, eine Bestandsaufstockung um 1,7 % auf 126,8 Millionen Tiere in den zwölf Monaten bis zum Frühsommer 2018 aus.

Markt + Meinung 1 und 2

## Bundesrat gegen längere Frist bei Ferkelkastration

Der Bundesrat hat sich gegen eine Verlängerung der Übergangsfrist für die betäubungslose Ferkelkastration ausgesprochen. Der von Niedersachsen initiierte Antrag für eine Fristverlängerung um bis zu zwei Jahren fand in der Sitzung der Länderkammer keine Mehrheit. Ebenfalls erfolglos blieb ein kurzfristig von Brandenburg eingebrachter Kompromissvorschlag für eine Verlängerung um ein Jahr. Damit wird der Bundesrat keinen Gesetzentwurf zur Änderung des Tierschutzgesetzes in den Bundestag einbringen. Ob der Bundestag nunmehr selbst aktiv wird, wie dies aus den Reihen des Bauernverbandes, aber auch von einigen Länderministern gefordert wird, ist offen. Zwar kündigten Unionspolitiker eine entsprechende Gesetzesinitiative an. Eine Unterstützung durch die SPD scheint derzeit jedoch fraglich. Damit bliebe es beim 2013 beschlossenen Verbot der betäubungslosen Ferkelkastration zum 1. Januar 2019. Die Entscheidung der Länderkammer löste in der gesamten Branche ein verheerendes Echo aus. Der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Joachim Rukwied, warf den Ländern eine nicht nachvollziehbare Blockadehaltung vor. Es sei zu befürchten, dass viele Betriebe in Deutschland aufgeben müssten, erklärte Rukwied. Er appellierte an den Bundestag, schnellstmöglich eine Lösung zu suchen, die den hiesigen Ferkelerzeugern ein Bestehen im europäischen Wettbewerb ermögliche. Auf breite Zustimmung stieß hingegen die Forderung des Bundesrates nach Einführung einer steuerfreien Risikoausgleichsrücklage in der Landwirtschaft. Ein solches Instrument könne einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der Agrarbetriebe leisten, heißt es in einer Entschließung der Länderkammer. Die Bundesregierung soll nun diese Forderung aufgreifen.

Länderberichte 25 + 30